



# Blauer Fritz

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION  
IM LANDTAG BRANDENBURG



© picture alliance/dpa | Michael Bahlo

Das Ende der Legislaturperiode rückt näher, der Wahlkampf steht vor der Tür. Der Ministerpräsident wiederholt gebetsmühlenartig seine Überzeugung, noch verhindern zu können, dass die AfD die größte Fraktion im nächsten Landtag stellen wird. Dass Überzeugungen angesichts der Umfrageergebnisse allein nicht helfen, ist der Regierungskoalition in den letzten Wochen wieder bewusst geworden. Weder die Lügen von der »Wannsee-Konferenz 2.0« noch die Versuche, der AfD-Fraktion die Abschaffung des Mehrparteiensystems unterzuschieben, haben die Umfrageergebnisse verändern können.

Daher greifen die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen zu Mitteln, die eines Rechtsstaates unwürdig sind, und bringen den Verfassungsschutz als Wahlkampfhelfer in Stellung. Der Verfassungsschutz, der als Abteilung V zum Innenministerium gehört und damit dem CDU-Innenminister untersteht, hat schon in der Vergangenheit nichts unversucht gelassen, die

Arbeit der größten Oppositionsfraktion in ein schlechtes Licht zu rücken, und die AfD zum »Verdachtsfall« erklärt. Doch die Diffamierung der friedlichen Oppositionsarbeit verdingt nicht.

Daher wollen die Regierungskoalitionen das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz ändern (Drucksache 7/9346) und die Befugnisse zu Finanzermittlungen erweitern. Bislang waren solche Ermittlungen nur möglich, wenn die Verdächtigen zu Gewalt und Hass aufgerufen haben. Eine solche Einschränkung sei nicht länger zeitgemäß, so die Regierungskoalitionen in ihrem Gesetzentwurf, weil immer mehr dieser vermeintlich extremistischen Bestrebungen »nicht unmittelbar gewalttätig sind und [es] penibel vermeiden, die Schwelle der Volksverhetzung zu überschreiten«. Jedem Brandenburger dürfte klar sein, gegen wen sich diese Befugnisse richten werden: gegen die gesetzestreue und friedliche Opposition, die der Regierung nicht in den Kram passt. ◆

**Starten wir  
die Remigrations-  
offensive,  
jetzt!**



**Nachtragshaushalt 2024**

Notlage für Wahlgeschenke  
im »Brandenburg-Paket«



**Für ganz  
Brandenburg:**

Ein kostenloses  
einheitliches Schülerticket





# Altparteien fürchten Machtverlust

© picture alliance / imageBROKER | Karl F. Schöfmann

Liebe Leser,

alles hat seine Zeit. Viele von uns kennen dieses biblische Wort aus dem Puhdys-Lied »Wenn ein Mensch lebt«, in dem es heißt:

*Jegliches hat seine Zeit,  
Steine sammeln, Steine zerstreu'n,  
Bäume pflanzen, Bäume abhau'n  
Leben und sterben und Frieden und Streit.*

Eine Feststellung, die nicht banal, sondern überaus aktuell ist. Denn wir leben nicht im ewigen Frieden und auch nicht im besten Deutschland, wie uns Angela Merkel und ihre Nachfolger in Berlin und Potsdam weismachen wollen. Wir leben in einer Welt zunehmender Auseinandersetzungen. Streit gehört zum Leben. Und die Zeit, Streit auszutragen, ist jetzt. Nicht, weil wir streitsüchtig wären, sondern weil die Regierung den Streit gegen das eigene Volk sucht.

Erinnern wir uns an den Beginn dieses Jahres 2024: Die Proteste der Bauern gegen die Besteuerung von Agrardiesel wurden umgehend zu Mittelstandsprotesten mit der Forderung: »Die Ampel muss weg – Neuwahlen jetzt!«

Die Antwort der Regierung war das Komplott von Potsdam, an dem Correctiv,

Verfassungsschutz, Regierung, Medien, Parteien und Nichtregierungsorganisationen beteiligt waren. Und obwohl längst erwiesen ist, dass die Meldungen über ein Geheimgespräch von Rechtsextremisten und die geplante Deportation von Staatsbürgern nichts als Lügen sind, organisiert das Establishment weitere Aufmärsche wie in der DDR, bloß dass die Militärparaden fehlen, weil diese BRD dazu nicht imstande ist.

Die vorgeblichen »Demos gegen rechts« sind der Versuch, die Mittelstandsproteste zu übertönen und die immer stärker werdende Opposition zu ächten. Sie waren die Vorbereitung für den »Aktionsplan – Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen« von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), der nichts weniger als ein Staatsstreich von oben ist, um die Opposition zu »zerschlagen«, wie es im Stasi-Jargon heißt. Wer immer vom Verfassungsschutz auf Weisung der Regierung für »rechts« erklärt wird, kann enteignet und enteignet werden, ohne straffällig zu sein. Vorgesehen sind die Ausspähung von Konten und Immobilien, der Entzug von Gewerbeurlaubnissen, Ein- und Ausreiseverbote, Entlassungen ohne Gerichtsverfahren ...

Dieser Plan zur Abwicklung unserer Freiheitsrechte wurde von der Koalition in Potsdam noch im Februar und März 2024 mit einer Änderung des Brandenburger Verfassungsschutzgesetzes (Drucksache

7/9346) und mit zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz im Nachtragshaushalt 2024 begierig aufgegriffen. 2024 hat der Verfassungsschutz fast doppelt so viele Mitarbeiter wie 2019. Das sind die Prioritäten von SPD, CDU und Grünen!

Unsere Fraktion ist entschlossen, den Streit mit dem Altparteienkartell auszutragen, und wird alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um dessen politischen Amoklauf zu stoppen.

So bedrohlich die Eskalation der Altparteien gegen die friedliche Opposition auch ist, sie wirkt zugleich ermutigend. Denn die Hysterie der Altparteien ist offensichtlich Folge ihrer Furcht vor Machteinbußen nach den Wahlen des Jahres 2024. Wenn schon die Angst vor Wahlergebnissen dazu führt, dass die demokratischen Masken fallen, wer will da noch behaupten, Wahlen könnten nichts ändern?

Das Wahlrecht, unsere Stimme bei den Wahlen, ist eine mächtige politische Waffe. Wer Ihnen etwas anderes einreden will, betreibt das Geschäft derjenigen, die die Macht besitzen und gegen uns einsetzen. Die AfD-Fraktion hat sich deshalb immer wieder mit Anträgen im Landtag für die Stärkung der Demokratie eingesetzt. Nicht die Parteien sind der Souverän, sondern das Volk.

**Ihr Dr. Hans-Christoph Berndt,**  
Fraktionsvorsitzender

# REMIGRATIONSOFFENSIVE JETZT!



© Tomasz Warszewski / adobe stock

Die Abschiebung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern wird durch die Landesregierung weiterhin lediglich in einem zu geringen Maße vorgenommen. Stattdessen erfolgen weiterhin Einbürgerungen von Ausländern, obwohl sich schon während des Einbürgerungsverfahrens Zweifel an der tatsächlichen Identität des Antragstellers ergeben haben.

Daher hat die AfD-Fraktion in den Plenarsitzungen im Januar und Februar 2024 diesbezüglich die Anträge »Remigrationsoffensive jetzt! – Rücknahme rechtswidriger Einbürgerungen gemäß § 35 Staatsangehörigkeitsgesetz wegen arglistiger



© Ines / adobe stock

Täuschung, Drohung, Bestechung oder vorsätzlich unrichtiger oder unvollständiger Angaben und konsequente Abschiebung aller vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer« (Drucksache 7/9076) und »Zwingende Identitätsfeststellungen bei

Grenzübertritt von Ausländern nach Deutschland sowie bei Asylantragstellern, ukrainischen Kriegsflüchtlingen und sonstigen Migranten« (Drucksache 7/9208) eingebracht und zur Debatte gestellt.

Die Zahl der nach Deutschland und Brandenburg auf illegalem Wege kommenden Ausländer, die hier einen Asylantrag stellen, ist weiterhin sehr hoch. Wer sich in Deutschland ohne einen erforderlichen Aufenthaltstitel aufhält, ist ausreisepflichtig und hat das Bundesgebiet gemäß § 50 Abs. 1, 2 Aufenthaltsgesetz zu verlassen. Gleichwohl wurden im gesamten Jahr 2023 deutschlandweit lediglich 16 430 Abschiebungen vorgenommen.

Im Land Brandenburg wurden 2023 lediglich 234 Abschiebungen vorgenommen bei ca. 10 000 Ausreisepflichtigen und ca. 4500 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern. Davon könnten und müssten 2300 Personen unverzüglich abgeschoben werden, bei dem Rest bestehen noch Abschiebehindernisse wie eine nicht feststehende Identität.

Daher fordert die AfD-Fraktion eine Remigrationsoffensive, das heißt die konsequente Abschiebung der 2300 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer, bei denen keine Abschiebehindernisse bestehen. Es ist offensichtlich, dass der politische Wille bei den anderen Fraktionen zu einer konsequenten Umsetzung des Rechts nicht gegeben ist. Außerdem werden aktuell Ausländer sogar noch belohnt, die über ihre Identität täuschen und dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen.

Nach der aktuellen Gesetzeslage besteht jedoch die Möglichkeit und auch

**Lena Kotré**

Innenpolitische  
Sprecherin



die Pflicht, nach § 35 Staatsangehörigkeitsgesetz im Falle von arglistiger Täuschung, Drohung, Bestechung oder vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben die zu Unrecht erlangten Staatsbürgerschaften rückabzuwickeln.

Um Identitätstäuschungen in Zukunft auszuschließen, liegt es außerdem auf der Hand, bereits bei Grenzübertritt und bei jeglichem Behördenkontakt zweifelsfreie Identitätsfeststellungen vorzunehmen und diese auch zu speichern. Die Identitätsfeststellung bei der Einreise und bei behördlichen Kontakten ist ein fundamentaler, aber auch unumgänglicher Schritt, um die Sicherheit aller in Deutschland lebenden Menschen zu gewährleisten.

Ziel muss es dabei auch sein, eine lückenlose Dokumentation und Verwaltung von Migrationsbewegungen zu gewährleisten und so mehrere Parallelidentitäten und Täuschungen in allen Verfahrensabschnitten zu verhindern. Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Durchführung von zweifelsfreien Identitätsfeststellungen und zur Vollziehung der Ausreisepflicht sind schon vorhanden, sie müssen nur konsequent umgesetzt werden. ♦

Im Februar-Plenum brachten die Koalitionsfraktionen SPD, CDU und Grüne einen Antrag ein, der sich erst einmal gut anhört, sich beim Lesen aber als Nebelkerze entpuppt. »Zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt – Errichtung eines Childhood-Hauses prüfen, interdisziplinäre Vernetzung im Kinderschutz stärken«

alles aus dem Weg zu räumen, was den sexuellen Missbrauch von Kindern überhaupt erst ermöglicht und begünstigt. Hierfür braucht es den politischen Willen. Und dieser fehlt, vor allem den antragstellenden Fraktionen, bis heute. Deshalb hat die AfD-Fraktion mit einem Entschließungsantrag (Drucksache 7/9272)

schon 0- bis 4-Jährige mit Doktorspielen und frühkindlicher Masturbation konfrontiert und 4- bis 6-Jährigen die Themen Homosexualität, Lust und Gefühle nähergebracht werden. Mit der seelischen Vergewaltigung unserer Kinder ist dann allerdings noch nicht Schluss, denn im Alter von neun bis zwölf Jahren geht es mit den



© Tetiana / stock.adobe

(Drucksache 7/9207) lautet der Titel des Antrags, der vor allem an Symptomen herumdoktert, die Ursachen aber beschweigt.

Denn Childhood-Häuser, so schreibt es die Koalition selbst in ihrem Antrag, sind Zentren für Kinder, die Opfer von Gewalt wurden. Dort könnten Befragungen stattfinden sowie medizinische und psychologische Untersuchungen vorgenommen werden. Es ist also klar, dass Childhood-Häuser Kinder nicht vor sexueller Gewalt schützen, sondern zum großen Teil erst dann zum Einsatz kommen, wenn bereits Gewalterfahrungen gemacht wurden.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass es einen Anlaufpunkt gibt, an dem sich geschultes Fachpersonal, Therapeuten, Ärzte, Psychologen, Sachverständige usw. diesen Kindern annehmen können. Im Antrag der Koalition wird noch hervorgehoben, dass es bereits mehrere Childhood-Häuser deutschlandweit gebe. Eine höchst beunruhigende Tatsache, zeigt sie doch eine Entwicklung in unserer Gesellschaft auf, die nicht akzeptabel ist.

Viel wichtiger wäre es daher, mit aller Entschlossenheit darauf hinzuarbeiten,

reagiert. Unter dem Titel »Kinder schützen – Frühsexualisierung an Brandenburger Kindergärten und Schulen beenden« fordern wir die Landesregierung auf, die



**Volker Nothing**

Jugendpolitischer  
Sprecher

sogenannte Sexualpädagogik der Vielfalt aus unseren Kindergärten und Schulen zu verbannen.

Eine höchst fragwürdige und schon pervers anmutende Pädagogik, in der das Einrichten sogenannter Kuschecken oder Körpererkundungsräume, zur möglichst ungestörten Ausübung »körperlicher und sexueller (Doktor)-Spiele«, ein fester Bestandteil ist. Nach den Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sollen

Themen Gender, Lust, Masturbation und Orgasmus weiter.

Diese Pädagogik beruht auf den Thesen von Helmut Kentler, einem Mann, der von den 1960er- bis in die 2000er-Jahre hinein als angesehener Sexualpädagoge galt und dessen Wirken heute unter dem Namen »Kentler-Gate« als das größte pädosexuelle Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte gilt.

Der Antrag der AfD-Fraktion wurde bereits im Oktober letzten Jahres, als er schon einmal zur Debatte stand (Drucksache 7/8400), von genau dieser Koalition abgelehnt, die nun vorgibt, sich für den Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt einzusetzen, und die unseren Entschließungsantrag natürlich auch abgelehnt hat.

Der Ansatz für den Schutz unserer Kinder liegt in der Verbannung solch obskurer Pädagogikansätze aus unseren Bildungseinrichtungen und nicht in der Errichtung von Childhood-Häusern. Die AfD-Fraktion wird diese Entwicklungen genau im Auge behalten und ihnen auch weiterhin entschieden entgegenreten. ♦

# IRRWEG DIGITALISIERUNG

## Warum Grundschulen »digitalfreie Oasen« sein müssen



© Gorodenkoff / stock.adobe

«Digitalisierung» und »digitales Lernen« gelten spätestens seit den Corona-Zwangmaßnahmen als *die* Allzweckwaffe im Kampf gegen den voranschreitenden Niedergang unseres Bildungssystems. Kein Tag vergeht, ohne dass Bildungspolitiker nicht auf Skandinavien verweisen: Während man dort die Vorzüge »digitaler Klassenzimmer« bestaunen könne, hinke man hierzulande meilenweit hinterher. Und überhaupt würden Kinder schneller, besser und effektiver lesen, schreiben und rechnen lernen, wenn sie nur früh genug in Kindergärten und Schulen vor Laptops, Tablets, Smartphones und Co. geparkt würden.

### Nutzlos und schädlich

Ein aktueller Blick in die als »leuchtende Beispiele« gepriesenen skandinavischen Länder genügt jedoch, um zu erkennen: Bei all diesen Behauptungen handelt es sich um Märchen. Nichts davon stimmt. Schweden etwa war bei der Digitalisierung des Bildungssystems besonders radikal unterwegs. In Vor- und Grundschulen wurden analoge Lernmittel wie Bücher und Arbeitshefte komplett aus den Klassenzimmern verbannt und durch rein digitale »Lehr-Lern-Werkzeuge« ersetzt.

Das renommierte Stockholmer Karolinska-Institut legte schließlich Ende April 2023 eine aufsehenerregende Stellungnahme vor, in der mit der Digitalisierung der Bildungslandschaft scharf abgerechnet

wurde. So gebe es nicht nur keinen Beleg für den lernförderlichen Nutzen digitaler Medien, sondern gerade bei jüngeren Schülern führe die Digitalisierungspraxis nachweisbar zu schwerwiegenden, teils irreversiblen Schäden (darunter nachlassende Gedächtnisleistung, Abnahme des Leseverständnisses, deutliche Verzögerungen bei der Sprachentwicklung). Schweden zog daraufhin die Reißleine und setzt neuerdings wieder auf analoge Lernmittel. Auch Finnland, Dänemark und Norwegen treten bei der Digitalisierung auf die Bremse.

### Regierung unbelehrbar

Und Brandenburg? – Gibt sich völlig unbeeindruckt. Für die SPD kann eben nicht sein, was nicht sein darf! Und deshalb wird auch weiterhin fleißig an der Legende vom »digitalisierten Bildungswunderland« gestrickt: Satte 219 Millionen Euro wurden allein in den vergangenen vier Jahren ausgegeben, um im Rahmen des »DigitalPakts« Klassenzimmer mit IT-Technik »auszustatten«, Kreidetafeln von den Wänden zu reißen sowie ohne Sinn und Verstand Schülerlaptops, Tablets und digitale »Lern«-Apps anzuschaffen.

### Einsatz mit Maß

In unserem Antrag »Hinderlich, kostspielig und riskant – Gescheitertes Digitalisierungsexperiment im Bildungssystem

beenden« (Drucksache 7/9210) riefen wir dazu auf, die Durchdigitalisierung von Kindergärten und Grundschulen einzustellen und gerade für die Kleinsten digitalfreie Oasen zu schaffen. Zudem setzen wir uns für ein Handyverbot auf dem Schulgelände ein, wie es in Frankreich und Italien bereits existiert und in England und den Niederlanden aktuell breit diskutiert wird.



**Dennis Hohloch**

Bildungspolitischer  
Sprecher

Das bedeutet jedoch nicht, in die »Kreidezeit« zurückzukehren. Digitalisierung und digitale Medien lassen sich dann sinnvoll einsetzen, wenn sie in höheren Klassenstufen nachweisbar besser geeignet sind, Lernstoffe zu vermitteln, als herkömmliche Medien, oder um Erzieher und Lehrer von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten. Einer kopflosen Bildungspolitik, die pauschal die Propaganda mächtiger IT-Unternehmen nachplappert und offensichtliche Risiken für das kindliche Wohlergehen schlichtweg ignoriert, erteilen wir aber eine deutliche Absage. ♦



# Unsere Hochschulen stärken – für Brandenburgs Zukunft!

© Sane / CC BY-SA 3.0

Brandenburgs Hochschulen verpassen den Anschluss an die Zukunft. Und das Land verliert damit einen seiner letzten Innovationsmotoren. Die Verantwortung dafür trägt die Landesregierung: Jedes Jahr versickern dreistellige Millionensummen ohne nennenswerte Effekte, die Gebäude und deren Einrichtungen verfallen dennoch. Interessant sind unsere Hochschulen nur noch für ausländische Studenten, die hier kostenlos ausgebildet werden.

Darum setzt sich die AfD-Fraktion mit Nachdruck für ein neues Hochschulgesetz ein. Denn das, was die Landesregierung zuletzt vorgelegt hat, ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt wurde. Statt lösungsorientierter Sachpolitik ist das Gesetz voll von linksideologischer Propaganda. Die einst viel beschworene Freiheit der Wissenschaft verkommt neben zahlreichen politisch korrekten Umerziehungsthemen zur Randerscheinung.

Während erfolgreiche Wissenschaftsstandorte, wie Bayern, sich vom Ballast des Genderns befreit haben, kommt die Sprachpolizei hierzulande erst auf Touren. Aus Studenten wurden Studierende, zahlreiche andere absurde Kunstwörter werden zur Pflicht. Die Aussicht auf einen starken Standort für Wissenschaft und Forschung gerät so vollkommen außer Sichtweite. Nur die AfD-Fraktion behält dieses allgemeingültige Ziel fest im Auge.

Wissenschafts- und Forschungspolitik gehören auf neue und bessere Gleise, die zu einem echten Ziel führen. Freiheit und Leistung sind unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiche Universitäten. Sie müssen mit modernen Rahmenbedingungen gefördert werden, um wieder sinnvolle

wissenschaftliche Arbeit möglich zu machen. Folgende Punkte sind dabei von zentraler Bedeutung:

1. Aus der BTU Cottbus-Senftenberg muss wieder eine Fachhochschule und eine Universität werden. Die Fusion der Hochschulen von Cottbus und Senftenberg war ein Fehler, denn trotz des enormen Einsatzes aller Beteiligten sind die Studentenzahlen seit der Fusion um ein Drittel gesun-



**Dr. Daniela Oeynhausen**

Wissenschaftspolitische Sprecherin

ken. Gerade die geplante Universitätsmedizin Cottbus bietet Anlass, den Standort Senftenberg durch innovative, praxisorientierte Studiengänge zu stärken (Drucksache 7/9381).

2. Nach dem Vorbild Bayerns müssen Gebühren für Studenten aus Nicht-EU-Staaten eingeführt werden, denn seit Jahren kommen immer mehr ausländische Studenten, um hier kostenlos ausgebildet zu werden und dabei günstig wohnen zu können (Drucksache 7/8920). An der BTU sind es inzwischen 44 Prozent. Wie viele von ihnen im Land bleiben, ist nicht bekannt, und die Landesregierung will es auch gar nicht wissen (Nachfrage zur

**Marianne Spring-Räumschüssel**

Kulturpolitische Sprecherin



Kleinen Anfrage Nr. 3125: Ausländische Studenten an Brandenburger Hochschulen, Drucksache 7/9139).

3. Deswegen fordert die AfD-Fraktion eine Studie über die Studienkosten und das Studierverhalten in Brandenburg. Schließlich geht es um hohe dreistellige Millionensummen, die das Hochschulwesen in Brandenburg den Steuerzahler jährlich kostet. Wir wollen Antworten auf die Fragen, wie lange Ausländer hier studieren und wo sie danach hingehen? Nur auf Basis verlässlicher Zahlen kann man vernünftig planen.

4. Es muss eine engere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft erfolgen. Nur so werden die richtigen Fachkräfte ausgebildet und hier gebunden – zum Wohle der Innovationsfähigkeit Brandenburgs und in großer Übereinstimmung mit den Forderungen des Wissenschaftsrates.

Mit diesen Maßnahmen ist es möglich, dass Brandenburgs Hochschulen wieder Anschluss an die Zukunft bekommen und zum Innovationsmotor für unser Land werden. Die Landtagsmehrheit hat daran leider kein Interesse. Wir werden weiter an einer zukunftsfähigen Hochschulpolitik für Brandenburg arbeiten. ♦

# Wie heben wir das Vertrauen in die Demokratie?

## Auswege aus der Krise des Parteienstaats



© mtkang / stock.adobe

Das Vertrauen in die Demokratie sinkt. Das Problem liegt nicht in der Idee oder der Theorie, sondern in der Praxis der Demokratie. Denn in der Wahrnehmung unserer Bürger geraten immer mehr wesentliche Merkmale einer Demokratie unter die Räder: Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip, Achtung der Menschen- und Grundrechte, freie Medien zur Kontrolle staatlichen Handelns, unabhängige Kontrolleinrichtungen, Transparenz, Gleichheitsprinzip aller Staatsbürger.

Die Volkssouveränität wird durch den Herrschaftsanspruch der Parteien und ihre Durchdringung von immer mehr gesellschaftlichen Bereichen untergraben. Die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive existiert nur formal, da Regierungen mit ihren parlamentarischen Mehrheiten alles durchsetzen können und das auch tun.

Ob das Rechtsstaatsprinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz – um nur eines zu nennen – noch immer und überall gilt, wenn schon in den Corona-Jahren zwischen Menschen erster Klasse und Menschen zweiter Klasse unterschieden wurde, kann sich jeder selbst beantworten. Die Medien kontrollieren die Regierung nicht mehr, sondern sind zu ihrem Verlautbarungsorgan herabgesunken.

Und wenn für die Demokratie unabdingbare unabhängige Kontrolleinrichtungen wie Verfassungsgerichte und

Rechnungshöfe parteipolitisch durchdrungen und gleichsam von diesen übernommen werden, kann es keine unabhängige Kontrolle oder Rechtsprechung mehr geben.

Wie können wir also dieser Auflösung und Untergrabung unserer Demokratie entgegenreten, die parteipolitische Übernahme und Durchdringung zurückzuschrauben und die politische Mitwirkung unserer Bürger ausbauen? Die AfD-Fraktion hat ihre Vorschläge dazu zur Debatte gestellt (Drucksache 7/9249).

Die Kontrollinstanzen, insbesondere das Landesverfassungsgericht und der Landesrechnungshof, müssen politisch neutral besetzt werden. Im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens sollen fachlich geeignete und erfahrene Personen vorgeschlagen werden können. Ihre Auswahl erfolgt nach eingehender Erörterung und Abwägung durch eine zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Gruppe von Bürgern.

Unsere Demokratie muss im Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung durch von unseren Bürgern selbst nutzbare Instrumente bürgerschaftlicher Mitbestimmung konkret weiterentwickelt werden. Dazu sind Beteiligungsmöglichkeiten zur politischen Mitgestaltung der Bürger in Sachfragen neben den Parteien zu eröffnen. Geeignete Verfahren zu einer frühzeitigen Beteiligung von Bürgern am politischen

Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess müssen dazu eingeführt werden, samt der Sicherstellung, dass die Ergebnisse und Lösungsvorschläge dieser Beteiligungsverfahren auf der jeweili-



**Dr. Philip Zeschmann**

Digitalpolitischer  
Sprecher

gen politischen Ebene durch eine Behandlungspflicht garantiert Eingang finden.

Im Falle von beabsichtigten Verfassungsänderungen durch den Landtag sind verbindlich und verpflichtend Volksbefragungen und darüber hinaus auch Abstimmungen qua Referendumsinitiativen über ein vom Landtag beschlossenes Gesetz einzuführen.

Für eine Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie bedarf es also einer grundlegenden und vielfachen Wiederherstellung sowie der Verbesserung der Funktionsweise unserer Demokratie. Der Staat muss dem Bürger dienen, nicht umgekehrt! Der Staat ist dem Bürger verpflichtet und verantwortlich. Nur dann und so geht mehr Demokratie! ♦

# Nachtragshaushalt 2024 – Wahlgeschenke nicht nur für den Verfassungsschutz



© BillionPhotos.com / stock.adobe

Es kam alles anders als geplant. Das Sondervermögen von zwei Milliarden Euro des »Brandenburg-Pakets« sollte es der Landesregierung eigentlich ermöglichen, bis zum Ende der Legislatur alle Versäumnisse der abgelaufenen Regierungszeit durch Wahlgeschenke abzufedern. Doch dann kam Mitte November 2023 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das der Bundesregierung ein erhebliches Problem mit dem Bundeshaushalt für 2024 bescherte. Das Urteil kritisierte den Umgang mit der Schuldenbremse und dem Grundsatz der Jährigkeit, wonach Kreditermächtigungen nicht einfach in das nächste Jahr verschoben werden können.

## Hektische Reparaturen

Das sorgte bei der Brandenburger Landesregierung für Hektik. War sie schon durch die Klage der AfD-Fraktion vor dem Landesverfassungsgericht von Brandenburg gegen das Brandenburg-Paket verunsichert, musste sie nun befürchten, dass dieses Sondervermögen durch das Karlsruher Urteil gänzlich ins Wanken kommen könnte.

Und so wurde im Januar dem Landtag ein Nachtragshaushalt vorgelegt, der so gar nicht vorgesehen, jetzt aber zur Rettung der davonschwimmenden Felle nötig geworden war (Drucksache 7/9046). Dem war im Dezember letzten Jahres auf Antrag der Regierungskoalition der erneute Beschluss über das Vorhandensein einer Notsituation im Land Brandenburg für das

Jahr 2024 vorausgegangen (Drucksache 7/8857).

Diese angebliche Notlage war schon mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 festgestellt worden. Das Sondervermögen im Doppelhaushalt widersprach jedoch dem Prinzip der Jährigkeit und musste, nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, deswegen kurz vor Toresschluss »repariert« werden.

Das Brandenburg-Paket für das Jahr 2023 sah Kreditermächtigungen für Ausgaben in Höhe von 1,2 Milliarden Euro vor, um dieser angeblichen Bedrohung Herr zu werden. Davon waren über das Jahr hinweg 820 Millionen Euro bewilligt und gerade einmal 560 Millionen Euro



**Andreas Galau**

Finanzpolitischer  
Sprecher

ausgegeben worden – also nicht mal die Hälfte der geplanten Summe.

Doch damit nicht genug. Der Mitte Februar 2024 vorgelegte vorläufige Jahresabschluss des Landeshaushaltes für 2023 lässt einen Überschuss von 300 Millionen Euro erwarten. Weiterhin wurde Ministerpräsident Woidke schon über den Jahreswechsel nicht müde, immer wieder hervorzuheben, dass Brandenburg das Bundesland mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in Deutschland gewesen sei. Um ganze sechs Prozent legte die Wirtschaft in Brandenburg zu!

## Wahlgeschenke

Auch wenn es sich hierbei letztlich nur um einen Einmaleffekt der Tesla-Ansiedlung handelte, stellt sich die Frage, ob so eine »Notsituation« aussieht? Höflich formuliert, sind Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Argumentation der Landesregierung angebracht. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Regierungskoalition diese vermeintliche Notlage ausgenutzt hat, um mit dem Brandenburg-Paket Projekte zu

## Der Podcast der AfD-Fraktion Brandenburg

**BLAUE RUNDE**

Jetzt Reinhören und abonnieren:



YouTube



Spotify  
Podcast



Apple  
Podcast



Google  
Podcast



deezer



finanzieren, die man schon immer mal umsetzen wollte, für die im regulären Landeshaushalt aber kein Platz war.

Erinnert sei an zahlreiche Sitzungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, in denen den Abgeordneten Einwilligungen in Ausgaben im Rahmen des Brandenburg-Pakets vorgelegt wurden, die nichts, aber auch gar nichts mit einer Notsituation zu tun hatten, für deren Bekämpfung dieses Sondervermögen doch eigentlich errichtet worden war. Beispiele wären der

### Marianne Spring-Räumschüssel

Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen



BOS-Behördenfunk oder LED-Lampen-Umrüstungen für Dienstgebäude. Eine Beobachtung, die der Präsident des Landesrechnungshofes in diesen Sitzungen mehr als einmal kritisiert hatte.

Der zur ersten Lesung im Landtag vorgelegte Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes sah ein von zwei auf 1,6 Milliarden Euro verringertes Brandenburg-Paket vor, ließ aber gleichzeitig den Landeshaushalt insgesamt um 370 Millionen Euro anwachsen. Denn es kamen Ausgaben hinzu, die man nicht mehr aus dem Brandenburg-Paket finanzieren konnte bzw. durfte, wie zum Beispiel den Landesanteil am Deutschland-Ticket für den ÖPNV. Ziel der Regierungskoalition war und ist es aber, das so schön geschnürte Brandenburg-Paket auch trotz des Karlsruher Urteils weiterhin umzusetzen. Die AfD-Fraktion hat dagegen erneut Verfassungsklage in Brandenburg eingereicht und sieht die Notsituation auch weiterhin nicht als gegeben an – weder für 2023 noch für 2024.

### Missachtung der Opposition

Zwischen der ersten und der zweiten Lesung des Gesetzes zum Nachtragshaushalt vollzog die Regierungskoalition noch eine wirklich überraschende Volte: Buchstäblich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, nur 14 Stunden vor Beginn der entscheidenden

Sitzung des Haushaltsausschusses, wurden noch 29 Änderungsanträge zum Gesetz des Nachtragshaushaltes von der Regierungskoalition auf den Tisch gelegt. Zu Beginn der Sitzung kamen noch drei Änderungsanträge als Tischvorlagen hinzu, dazu noch jeweils drei Anträge von der Landtagspräsidentin und von der Linksfraktion.

Wie anders als Missachtung gegenüber der Opposition muss man diese Vorlage der Änderungsanträge praktisch wenige Minuten vor der finalen Ausschusssitzung interpretieren? Sogar die Journalisten waren früher als die Abgeordneten der Opposition über die Änderungen informiert worden! Die Erfahrung aus dieser Legislaturperiode zeigt leider, dass diese unfairen Spielchen der Landesregierung mit den Oppositionsfraktionen nur die unerträgliche Arroganz der Koalition widerspiegeln.

Was war der Inhalt dieser Änderungsanträge? Zunächst einmal 18 neue, zusätzliche Stellen für den Verfassungsschutz – zur verstärkten Bespitzelung »gegen rechts«. Weiterhin 18 neue Stellen im Gesundheitsministerium und schließlich – dieser Aufwuchs ist auch dringend nötig – noch drei neue Stellen für den Landesrechnungshof. Diese werden dort für die sehr wichtigen und relevanten Prüfungen des RBB benötigt.

### Neue Schulden

Insgesamt wächst der Landeshaushalt dadurch auf den letzten Metern der Regierungszeit von Rot-Schwarz-Grün um

weitere 595 Millionen Euro an, noch einmal 295 Millionen Euro mehr als zur ersten Lesung geplant.

Dafür wird in die allgemeine Rücklage des Landes gegriffen und der Jahresüberschuss von 300 Millionen Euro aus dem angeblichen Notlagenjahr 2023 verbraucht.

### Daniel Münschke

Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung



Trotzdem müssen noch zusätzlich 260 Millionen Euro an neuen Krediten aufgenommen werden. Ganz offenbar handelt es sich hierbei um die Schaffung von Versorgungsposten und die Verteilung von Wahlgeschenken.

Damit setzt die Landesregierung ihrem mehr als vier Jahre andauernden schlechten Politikstil die Krone auf. Sie hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Brandenburg-Paket zu retten, um damit die Versäumnisse und Fehler ihrer Regierungszeit ausbügeln zu können. Dazu ist sie sich auch nicht zu schade, eine Notlage zu behaupten, die so gar nicht existiert. Denn die Probleme in Brandenburg hat die Regierung selbst verursacht. Die AfD-Fraktion hat den Nachtragshaushalt deshalb abgelehnt. ♦

**Tragen Sie sich in unseren Rundbrief ein – bleiben Sie stets informiert!**

[www.afd-fraktion-brandenburg.de/rundbrief/](http://www.afd-fraktion-brandenburg.de/rundbrief/)



# Energiesicherheit darf nicht durch Klimapopulismus gefährdet werden

© kfigalore / adobe stock

Der sogenannte Klimaplan der Landesregierung ist ein bürokratisches Monster, dessen Ansatz die linksgrüne Klimaideologie zur Staatsdoktrin erhebt. Alle Politikbereiche sollen durch die Klimaideologie bestimmt werden. Die Horrorszenarien über den Klimawandel beruhen auf computersimulierten Szenarien und haben nicht den Stellenwert belastbarer Prognosen. Sie sind daher mit erheblichen Ungenauigkeiten verbunden.

Das Erdklima war schon immer erheblichen Schwankungen unterworfen. Der jetzt vermittelte Eindruck, das Klima sei vor der Industrialisierung konstant gewesen, ist grundfalsch. Anpassung lautet die Forderung der Stunde!

Es wird zu keinem Zeitpunkt möglich sein, durch die Errichtung von immer mehr Windindustrieanlagen und Solarparks eine prognostizierte Erderwärmung im globalen Maßstab insgesamt aufzuhalten. Eine Energievollversorgung einer Industriegesellschaft ist aus regenerativen Quellen nicht möglich. Das zeichnet sich deutlich ab. Die sogenannte Energiewende scheitert wegen wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, die Folgen bekommen wir alle zu spüren.

Den »Klimaschutz« als Hauptziel unter Vernachlässigung anderer existenzieller Fragen durchzusetzen, schadet dem Land und den Menschen. Die AfD-Fraktion hat daher in einem Antrag das Ende

des »Primats der Klimapolitik« gefordert (Drucksache 7/9213). Energiepolitik darf sich nicht am Klima, sondern muss sich an der Lebenswirklichkeit orientieren. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit müssen an oberster Stelle stehen. »Klimaschutz« um jeden Preis bedeutet, dass uns künftig keine Mittel mehr für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung stehen werden.

Wir erleben derzeit eine Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes, die auch an Brandenburg nicht spurlos vorübergehen wird. Statt Abhilfe zu schaffen, werden mit dem Klimaargument Betriebe geschädigt, Produktionen ins Ausland verlagert, Arbeitsplätze vernichtet und damit Wertschöpfung und Lebensniveau der Menschen verringert. Es wird nicht gelingen, das globale Klima von deutschem Boden aus nur durch Senkung von Emissionen zu »retten«. Technologieexport wäre der aussichtsreichere Weg gewesen, aber vom IPCC empfohlene Technologien wie Kernkraft oder CCS (Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>) sind in Deutschland verboten worden. Das freut die überversorgte Wind- und Solarlobby!

Unser Steuergeld darf nicht weiter für Technologien verschwendet werden, die ohne Subventionen nicht lebensfähig wären. Der massive Ausbau unbeständiger Stromeinspeiser gefährdet zunehmend unsere Energiesicherheit. Die Systemkosten des Stromnetzes steigen Jahr für Jahr,



**Steffen Kubitzki**

Energiepolitischer  
Sprecher

weil die Netzbetreiber immer häufiger eingreifen müssen, um das Netz zu stabilisieren. Zudem wird der Netzausbau auf allen Spannungsebenen immer aufwendiger. Es hat seinen Preis, Wind- und Solarenergie geringer Dichte über die gesamte Fläche des Landes einzusammeln. Wind und Sonne schicken keine Rechnung, sagen aber nicht, wann sie liefern. Das macht die Nutzung dieser Energiequellen so teuer, denn ein Backup-System aus konventionellen Kraftwerken und/oder Speichern muss ständig bereitgehalten werden.

Der »Klimaplan« ist wirkungslos, die »Energiestrategie 2040« ist durch den Mangel an Erdgas überholt, eine funktionierende Wasserstoffinfrastruktur ist kurz- und mittelfristig nicht absehbar. Festen Abschaltterminen im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz stehen keine Einschalttermine gesicherter Kraftwerksleistung gegenüber. Der gefährliche und falsche Sonderweg Deutschlands und Brandenburgs muss beendet werden. ♦



# Stirbt der Bauer, stirbt das Land!

**D**er Traktor wurde in den letzten Monaten zum Symbol für die Proteste unserer Bauern gegen eine Politik, die die Bodenhaftung weitgehend verloren hat. Eine Politik der Altparteien, die von der Lebensrealität im ländlichen Raum kaum noch eine Ahnung zu haben scheinen. Dabei brachte der kaltschnäuzige Beschluss der Berliner Ampel, den Agrardiesel zu erledigen, das Fass nur zum Überlaufen.

Es geht in diesem Zusammenhang eben nicht nur um den Agrardiesel, sondern es geht um viel mehr: um grundlegende Probleme wie gestiegene Rohstoff- und Energiekosten, ausufernde Bürokratie, Personalmangel und Planungsunsicherheit. Nicht nur der gesamte Mittelstand, sondern insbesondere die Landwirte leiden unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen,

herbeigeführt durch die linksgrüne Ideologie.

Die für die Bauern nun ausgehandelten Beschwichtigungen und faulen Kompromisse werden an der grundlegenden Problematik wohl kaum wirklich etwas ändern. Vielmehr wird wie bisher nur an den Symptomen und nicht an den Ursachen ange setzt. Die AfD-Fraktion will diese Fehlentwicklungen, die sich nicht zuletzt auch am anhaltenden Höfesterben sowie am fortschreitenden Ausverkauf bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden zeigen, nicht länger hinnehmen.

Die AfD-Fraktion will auf allen Ebenen dazu beitragen, dass der Irrweg der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) endlich beendet wird. Sie will dazu beitragen, dass die Agrarpolitik bzw. die Förderpolitik in die deutsche

Zuständigkeit übertragen wird. Auf diese Weise ist es viel besser möglich, überflüssige Bürokratie abzubauen, gezielter zu fördern und damit die heimische Landwirtschaft insgesamt spürbar zu entlasten.

Allerdings ist dabei auch klar: ein derartiger agrarpolitischer Systemwechsel lässt sich nicht von heute auf morgen realisieren. Daher kommt es aktuell nach wie vor darauf an, die Landwirte im Rahmen der bestehenden politischen Möglichkeiten so gut wie möglich zu unterstützen. Und daher hatten wir uns im Februar im Landtag Brandenburg mit unserem Antrag »Beibehaltung der Agrardieselmrückzahlung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft im Land Brandenburg« (Drucksache 7/9212) auch klipp und klar entsprechend positioniert. Alle linksgrün motivierten Pläne und Maßnahmen

**Lars Hünich**

Agrarpolitischer  
Sprecher



der derzeitigen Landesregierung, die die Produktivität, die Effizienz und damit den Ertrag unserer regionalen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten beeinträchtigen, müssen gestoppt werden.

Ob nun schnelle Hilfe im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten oder grundsätzliche Wende in der Agrarpolitik: Übergeordnetes agrarpolitisches Ziel der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg ist es, möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe am Markt zu halten. Denn die bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften versorgen uns nicht nur mit qualitativ hochwertigen, regionalen und gesunden Nahrungsmitteln. Darüber hinaus halten wir die Bauern aufgrund ihrer großen Bedeutung hinsichtlich Tradition, Kultur und Brauchtum für den entscheidenden Berufsstand, mit dem die dringend erforderliche Wiederbelebung des ländlichen Raumes in Brandenburg steht und fällt. Nicht weniger, sondern mehr Bauern braucht das Land!



## MILLIARDENGRAB BER

Die aktuelle Infobroschüre der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg zum BER-Untersuchungsausschuss. AfD-Abgeordnete berichten von ihrer Arbeit und liefern Hintergrundinformationen zum Finanzskandal um den Berlin-Brandenburger Flughafen.

Beziehen Sie unsere Broschüren **kostenfrei** über [afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren](http://afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren)

Deutschland und Brandenburg leiden wirtschaftlich unter unfassbaren finanziellen Fehlentscheidungen. Die gesamte Investitionspolitik steht im Bann der Klimapolitik, obwohl Klimafolgen in Mitteleuropa bisher noch keine Kosten verursachen, die Klimapolitikfolgen uns aber zu ruinieren drohen. Und dies, obwohl im Bereich der Kernkraft große Fortschritte erzielt werden und die

verarmen, da sie vor allem Menschen mit geringerem Einkommen, mit mehr Familienangehörigen und solche, die auf dem Land leben, betrifft. Diese müssen einen größeren Teil ihres Einkommens für Heizung und Pkw-Mobilität aufwenden.

Die Fraktion der Grünen hat sich die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Energieeffizienz auf die Fahnen geschrieben. Nähme sie diesen Anspruch

Planungssicherheit herstellen – langfristigen Systemwechsel in der Agrarförderung initiieren«, Drucksache 7/9107).

Aufgrund dieser Fehlentwicklungen darf die Revolte der Landwirtschaft bzw. des Mittelstandes nicht ohne Konsequenzen verpuffen, sondern muss zum Ausgangspunkt für eine grundlegende Wende im Sinne einer umfassenden Wiederbelebung insbesondere des ländlichen Raumes wer-



Unternehmer protestieren auf dem Altmarkt in Cottbus unter dem Motto »5 vor 12« gegen die Ampel-Politik, 26. Januar 2024.

© picture alliance/dpa | Frank Hammerschmidt

Hoffnung besteht, dass der Energiehunger der Menschheit auf diese Weise gestillt werden kann.

Bundes- und Landesregierung zerstören den Stolz der deutschen Wirtschaft, den weltweit vorbildlichen, effizient und höchst energieeffizient produzierenden Mittelstand und das dazugehörige Handwerk aus rein ideologischen Vorgaben. Die AfD-Fraktion hat in den letzten Monaten vergeblich Entlastungen gefordert, Lösungen aufgezeigt und die Maßnahmen der Landesregierung als ideologisch getrieben entlarvt.

Bereits im Dezember forderte die AfD-Fraktion die Landesregierung deshalb auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzusetzen (»Mittelstand schützen, Bürger entlasten: Neueste Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe verhindern«, Drucksache 7/8868). Denn eines ist doch klar: Die CO<sub>2</sub>-Abgabe, auf die das BEHG praktisch hinausläuft, wirkt sozial regressiv und wirtschaftlich repressiv. Sie lässt die Haushalte

ernst, müsste sie ihre CO<sub>2</sub>-Ideologie hinterfragen. Diese führt im Ergebnis dazu, dass die energiewirtschaftlich effiziente deutsche Wirtschaft für weniger umweltfreundlich gesteuerte Produktionsprozesse im Ausland geschwächt wird. Das ist die »globale Verantwortung« linksgrüner Wirtschaftspolitik!

Die Folgen bekommen nach und nach immer mehr Brandenburger zu spüren, zuerst die Bauern. Dabei haben die Proteste der Bauern nicht nur mit den Plänen der Bundesregierung zum Agrardiesel zu tun, sondern stehen in einem wesentlich größeren Zusammenhang. Neben der Landwirtschaft stehen insbesondere auch das Handwerk, die Gastronomie sowie das Transportgewerbe aufgrund der wirtschafts- und bürgerfeindlichen Politik der Ampelregierung vor schwerwiegenden Herausforderungen. Die genannten Branchen leiden unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen, herbeigeführt durch die linksgrüne Ideologie (»Brandenburger Mittelstand schnell entlasten und



Steffen John

Wirtschaftspolitischer  
Sprecher

den. Daher muss Schluss sein mit der Klimahysterie. Die Wirtschaftspolitik muss wieder auf eine rationale Grundlage gestellt werden, die vor allem das Wohl der Bürger im Blick hat.

Eine Insolvenzwelle zeichnet sich ab, deren Ursachen auf der Hand liegen. Die Energiekosten, die Mittelstand und Handwerk zusammenbrechen lassen, sind politisch gewollt. Die Brandenburger können sich darauf verlassen, dass die AfD-Fraktion bis zum Schluss der Legislaturperiode für sie am Ball bleibt. ♦



© VanHope / adobe stock

**W**er in Brandenburg krank wird, ist doppelt gestraft. Nicht nur, dass es einem schlecht geht – man bekommt auch immer weniger Hilfe. Vor allem auf dem Land könnte schon bald gar nichts mehr gehen. Ärzte fehlen, Krankenhäuser schließen und nun versagt auch noch der Rettungsdienst. Die AfD-Fraktion will das mit einer parlamentarischen Initiative im Landtag ändern (Drucksache 7/9211). Doch wieder einmal blockieren die Regierungsfractionen SPD, CDU und Grüne den Vorstoß. Ihnen ist die Versorgung der Brandenburger offenbar egal.

Dabei ist die Lage dramatisch wie nie: In einigen Kreisen, wie zum Beispiel Spree-Neiße oder Ostprignitz-Ruppin, braucht bereits heute knapp jeder fünfte Rettungswagen länger als 15 Minuten zum Einsatzort. Im Landesdurchschnitt ist es immer noch jeder Zehnte. Beides ist medizinisch unverantwortlich und verstößt klar gegen die Zeitvorgaben des Landes. Die Verantwortlichen in den Ministerien und Landkreisen hüllen sich darüber in Schweigen, obwohl jede Minute über Leben und Tod entscheiden kann.

Besonders dramatisch: Seit zehn Jahren verschlechtern sich sogar landesweit die Rettungszeiten. Was besonders gern unter den Teppich gekehrt wird: Jeder Patient in unserem Land hat den Anspruch, gerettet zu werden. Und zwar in einer angemessenen Frist. Und die gilt nicht nur

im Regierungsviertel in Berlin-Mitte oder Potsdam, sondern überall im Land. Denn im Grundgesetz steht ganz klar: Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein deutsches Staatsziel!

Die AfD-Fraktion fordert daher echte Lösungen im Sinne unseres Grundgesetzes und hat sie in einem klar strukturierten Antrag zusammengefasst. Unsere Kernforderungen umfassen folgende Punkte:

1. Wir müssen ein lückenloses Lagebild über den Zustand des Rettungswesens in Brandenburg und seiner Leistungsfähigkeit erstellen.
2. Wir müssen den Fachkräftemangel im Rettungswesen gezielt angehen: Der Beruf des Sanitäters muss durch bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen wieder attraktiver gemacht werden.
3. Wir müssen das Erstretter-System ausbauen, also mehr Menschen gewinnen, die schneller vor Ort sein können als der Rettungswagen.
4. Wir müssen die maroden Straßen in Brandenburg sanieren, damit Rettungskräfte zügig zu ihrem Einsatzort kommen.
5. Wir müssen das lückenhafte Mobilfunknetz flächendeckend ausbauen, damit Rettungskräfte von jedem Ort unmittelbar alarmiert werden können.

**Dr. Daniela Oeynhaus**

Gesundheitspolitische Sprecherin



6. Wir müssen landesweit eine Notrufnummer für medizinischen Retter einrichten, damit Profis schnell entscheiden können, welche Hilfe der Patient benötigt.
7. Wir müssen das Gesundheitswissen der Brandenburger auf unterschiedliche Weise erweitern, zum Beispiel durch Infoveranstaltungen an Schulen oder durch die Verbreitung von entsprechenden Handy-Apps.
8. Wir müssen Gesetze auf Bundesebene und die Technik so anpassen, dass unsere Rettungshubschrauber auch nachts und bei schlechtem Wetter fliegen können.

Das ist der Vorschlag der AfD-Fraktion, um das Rettungswesen in unserer Heimat zu ertüchtigen. Denn uns liegt die Gesundheit der Brandenburger sehr am Herzen. Leider haben die Regierungsfractionen unseren Antrag mit fadenscheinigen Ausflüchten abgelehnt, zum Schaden der Brandenburger. ♦



© Immobiliengeflüster, adobe.stock

Im Brandenburger ÖPNV-Gesetz ist festgelegt, dass der Schienenpersonenverkehr Aufgabe des Landes ist, der sogenannte übrige Personenverkehr mit Bus und Tram jedoch eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Stellvertretend für die Vielzahl der Kommunen in Brandenburg übernimmt diese Aufgabe der jeweilige Landkreis als sogenannter Aufgabenträger.

eine Schülerin oder ein Schüler Anspruch auf ein kostenloses oder verbilligtes Ticket hat. Brandenburger, die Berliner Schulen besuchen, müssen für den in Brandenburg gelegenen Teil der Fahrtstrecke zahlen, für den Berliner Teil jedoch nicht. Berliner, die Brandenburger Schulen besuchen, müssen ebenfalls für die Wegstrecke in Brandenburg ein ÖPNV-Ticket kaufen.

forderte die Landesregierung mit diesen Anträgen dazu auf, endlich ein einheitliches System zu schaffen, mit dem Brandenburgs Schüler in ganz Brandenburg kostenlos den ÖPNV nutzen können.

Die Ausgestaltung sollte als Pflichtaufgabe der Kommunen, zu 100 Prozent vom Land Brandenburg finanziert, erfolgen. Das Ticket muss für den Schul- und Heimweg, in der Freizeit, am Wochenende und selbstverständlich auch in den Ferien gelten. Wenn es eine Schulpflicht gibt, muss die Landesregierung auch die Voraussetzungen schaffen, dass alle Schüler gut organisiert und kostenfrei die Schule erreichen können. Und weil Bildung und charakterliche Formung von jungen Menschen zusätzlich außerhalb der Schule stattfinden, muss auch außerhalb der Schulzeiten gewährleistet sein, dass Heranwachsende eigenständig und umfassend das Land Brandenburg, unsere wunderschöne Heimat, kennenlernen können. Aus diesem Grund werde ich als Abgeordneter auch weiter für die Umsetzung des kostenlosen ÖPNV-Tickets für Brandenburger Schüler kämpfen und weitere Anträge dazu in den Landtag einbringen. ♦

### Daniel Münschke

Verkehrspolitischer  
Sprecher



Aufgrund der im Grundgesetz festgeschriebenen kommunalen Selbstverwaltung kann das Land den Kommunen und Landkreisen an dieser Stelle grundsätzlich keinerlei Verpflichtungen auferlegen. Das führt dazu, dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt die Angebote zur Schülerbeförderung individuell festlegen – in Bezug auf den Preis, aber auch die Häufigkeit, mit der die Fahrzeuge im kommunalen ÖPNV fahren. Diese Entscheidungen treffen allein die kommunalen Aufgabenträger.

Daraus resultiert ein bunter Mix aus höchst unterschiedlichen Tarifen und Angeboten: Beispielsweise gibt es in einigen Landkreisen kostenlose Schülertickets, aber nur für den Weg zwischen Wohnort und Schule; in anderen sind Schülertickets kostenpflichtig, dafür jedoch landkreisweit gültig; in wieder anderen ist eine Mindestentfernung zur Schule entscheidend, ob

Für viele Eltern ist es absolut unverständlich und nicht nachvollziehbar, warum in den einzelnen Landkreisen solch ungleiche Bedingungen herrschen. Ebenso ergibt sich daraus, zu Recht, die Frage nach der Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Teilhabe. Allein schon aus dem Umstand der bestehenden Schulpflicht sollte die Möglichkeit einer kostenlosen Schülerbeförderung zumindest zwischen Wohnort und Schule als absolutes Minimum gelten.

Als Verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion habe ich zu diesem Thema im September 2023 und wiederholt im März 2024 unsere Forderung zur Schaffung eines kostenlosen Schülertickets für ganz Brandenburg eingebracht (Drucksachen 7/8477 und 7/9422). Die AfD-Fraktion



## UNSERE PERSPEKTIVREGION

Heimatpolitisches Positionspapier zur Lausitz der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Strukturwandel und Bevölkerungsrückgang treffen die Lausitz wie keine zweite Region in Brandenburg. Es gibt viel zu tun, um dort die Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu schaffen. Die Broschüre der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg stellt die dafür notwendigen Maßnahmen vor.

Beziehen Sie unsere Broschüren **kostenfrei** über [afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren](https://afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren)



**A**uf diese »Idee« muss man erst einmal kommen: Um das »Weltklima« zu retten, wollen die Fraktionen der Altparteien immer mehr Windindustrieanlagen in unseren brandenburgischen Wäldern errichten. Was offensichtlich dem gesunden Menschenverstand widerspricht, nimmt leider dennoch allmählich Fahrt auf.

So gab es bereits vor einem Jahr allein im Bereich des Landesbetriebes Forst Brandenburg (LFB) 218 Anträge auf Inanspruchnahme von Flächen für windenergetische Vorhaben. In Betrieb waren bereits 35 Anlagen (vgl. dazu die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage »Errichtung von Windindustrieanlagen im Landeswald«, Drucksache 7/7279).

Der linksgrünen Gier scheinen kaum noch Grenzen gesetzt zu werden. Ein Albtraum droht wahr zu werden. Und dies, obwohl die Landesregierung in ihrer

Antwort auf die genannte Kleine Anfrage selbst ganz offen zugibt, dass »es nicht im berufsbedingten Interesse von waldbewirtschaftenden Försterinnen und Förstern liegt, Wald für Windenergienutzung in Anspruch zu nehmen«.

Dabei liegt doch eines eigentlich klar auf der Hand: Eine Energievollversorgung ist durch die »Erneuerbaren Energien« allein schon aufgrund deren Volatilität kaum zu schaffen. Und selbst dann, wenn sie zu schaffen wäre, wäre dies mit einem viel zu hohen Preis verbunden: dem Preis der Zerstörung des Landschaftsbildes. Denn den Windindustrieanlagen fallen nicht nur zahlreiche Vögel, Fledermäuse und Insekten zum Opfer, sie verdrängen auch den Erholung suchenden Menschen aus der Natur. Diese Entwicklung ist in unseren Wäldern besonders fatal, da sie nicht zuletzt ein besonders wichtiger Bestandteil unseres brandenburgischen Heimatgefühls sind.

Daher muss jetzt gehandelt werden: Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg hat sich mit dem im Märzplenium debattierten Antrag »Unsere Heimat schützen – den Plänen der Altparteien zur Errichtung von Windindustrieanlagen in unseren Wäldern entschieden entgegenwirken« (Drucksache 7/9383) klar gegen die Errichtung von weiteren Windindustrieanlagen in unseren Wäldern ausgesprochen.

Darin haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, bis zum 31. Mai 2024 festzustellen, dass es nicht zu den Aufgaben des LFB gehört, Windindustrieanlagen

**Kathleen Muxel**

Forstpolitische  
Sprecherin



zu errichten, zu betreiben oder Flächen zu diesem Zweck zu verpachten. Darüber hinaus haben wir uns für eine deutliche grundsätzliche Erschwerung der Errichtung von Windindustrieanlagen im Wald im Rahmen einer Novellierung des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) ausgesprochen.

Das Ziel des Antrags lautet: Unser märkischer Wald soll Heimat bleiben und darf nicht einer zunehmenden Industrialisierung zum Opfer fallen! Wir sind es den zukünftigen Generationen schuldig, unsere Heimat zu schützen und zu erhalten. ♦

## Impressum



Vertreten durch Dr. Hans-Christoph  
Berndt, Fraktionsvorsitzender

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

☎ 0331 966 1806

✉ info@afd-fraktion.brandenburg.de

📘 AfD-Fraktion Brandenburg

📌 t.me/afdfraktionBB

📍 afdfraktionbb

📺 AfD-Fraktion Brandenburg

✂ AfD\_FraktionBB

🌐 www.afd-fraktion-brandenburg.de

# Unsere nächsten Veranstaltungen.



Informieren Sie sich über  
unsere bevorstehenden  
Veranstaltungen.

Per QR-Code  
oder unter:

[www.afd-fraktion-brandenburg.de/termine](http://www.afd-fraktion-brandenburg.de/termine)

So! geht Demokratie.

